

# Einblick

Das Infoblatt der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt



## Mehr Lust auf Familie!

*Ehrenhaft: Für eine Familienpolitik, die unsere Heimat zukunftsfähig macht*

Besonders im Rahmen des demografischen Wandels kann der herausragende Wert der Familie in unserer Gesellschaft nicht oft genug betont werden. Für die CDU bedeutet Familie Verantwortung: Eltern für Kinder und Kinder für Eltern. Die Ehe, traditionell die stabilste Lebensgemeinschaft, bildet dabei das Leitbild der Familienpolitik.



Peter Rotter, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, Eduard Jantos, Familienpolitischer Sprecher und André Schröder, Fraktionsvorsitzender, (v.l.n.r.) bei der Vorstellung des neuen Familienpapiers.

### Ausgangslage

Die Familie als individuelles Lebensmodell gerät zunehmend in die Defensive. Die Maßnahmen der Familienpolitik sind nicht zielführend genug. Stetig sinkende Geburtenzahlen bezeugen dies.

### Herausforderungen an eine neue Familienpolitik

Abwanderungen und eine niedrige Geburtenrate führen zu wachsenden Problemen in Sachsen-Anhalt. Den Umgang mit dem demografischen Wandel versteht die CDU-Landtagsfraktion als dauerhafte Herausforderung. Dabei darf nicht nur eine Erhöhung der Geburtenrate in den Vordergrund gestellt werden, sondern auch die Stabilisierung bestehender Familienstrukturen.

### Ziel

Die CDU-Landtagsfraktion will offensiver für ein familienfreundliches Sachsen-Anhalt eintreten. Es geht um Rahmenbedingungen, die Familien mit Kindern mehr Wertschätzung zollen. Die Bedeutung der Familie muss hervorgehoben werden. Die Verwirklichung des Kinderwunsches soll verbessert werden und der individuelle Anreiz, Verantwortung für Kinder zu übernehmen, gefördert werden. Dazu ist eine Betrachtung der Wechselwirkungen einzelner Politikbereiche auf die Lebensverhältnisse der Familien notwendig.

Familienpolitik ist für die CDU ein eigenes Politikfeld, eine Querschnittsaufgabe. Durch gemeinsames Handeln politischer und gesellschaftlicher Bereiche kann diese Herausforderung gemeistert werden. Dazu ist ein Meinungsaustausch von Vereinigungen, Verbänden und Organisationen gewünscht.

### Leitsätze aktiver Familienpolitik

- Verzicht auf traditionelle Rollenzuschreibungen
- Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben fördern
- Kinder sollen einen positiven Einfluss auf das Familieneinkommen haben
- Bedarfe von Familien erfordern oberste Priorität in sozialen Sicherungssystemen
- Die Qualität der Bildung verbessern und den Aufbau sozialer Kompetenzen fördern
- Unternehmensbedarfe müssen an die Bedarfe der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen flexibel angepasst werden
- Wohnortnahe Dienstleistungen und barrierefreie Zugänge zum ÖPNV sind notwendig für die Umfeld-Gestaltung einer Familie

### Maßnahmenpaket

In Hinblick auf die demografischen Entwicklungen ist es zwingend notwendig, die Familienförderung nachhaltig zu verbessern. Das Familienpapier der CDU-Landtagsfraktion umfasst dazu ein Maßnahmenpaket mit verschiedenen Vorschlägen. Diese Komponenten aus Landesmitteln sollen ergänzend zur bundesgesetzlichen Förderung zum Einsatz kommen. Einige Auszüge aus dem Maßnahmenpaket:

- Einkommensunabhängige Familienstandsdarlehen bis zum 35. Lebensjahr
- Finanzielle Beteiligung am Förderprogramm BMFSFJ für künstliche Befruchtungen
- Förderung und Durchsetzung von Schul- und Kitasparungen
- Ausgestaltung einer familienfreundlichen Personal- und Wirtschaftspolitik mit der gebildeten Demografie-Allianz in Sachsen-Anhalt
- Ausweitung des Ehegattensplittings zum Familiensplitting
- Unterstützung von Ermäßigungen bei der Inanspruchnahme öffentlicher Dienstleistungen
- Weiterentwicklung des Familienpasses Sachsen-Anhalt
- Auslobung eines Preises für das familienfreundlichste Unternehmen

Das vollständige Familienpapier erhalten Sie unter [www.cdufraktion.de](http://www.cdufraktion.de) oder rufen Sie bei uns an, wir senden Ihnen ein kostenfreies Exemplar auf dem Postweg zu.



15.05.2012: Auswärtiger Fraktionstag in Tangermünde



07.06.2012: CDU-Fraktion bei einer Abstimmung im Landtag



21.06.2012: Pressegespräch zum familienpolitischen Papier



22.06.2012: Mitglieder einer Umweltstiftung aus Japan im Gespräch mit Jürgen Stadelmann

## Kurz & Knapp

### Edwina Koch-Kupfer neues Mitglied der CDU-Landtagsfraktion



Edwina Koch-Kupfer

Die CDU-Landtagsfraktion hat auf ihrer Sitzung vom 14. April 2012 beschlossen, die parteilose Abgeordnete der LINKEN, Frau Edwina Koch-Kupfer, in ihre Reihen aufzunehmen. Dem vorausgegangen ist die Erklärung von Frau Koch-Kupfer, aus der Fraktion DIE LINKE auszutreten. „Frau Koch-Kupfer ist mit ihrem Sachverstand bei uns willkommen und wir freuen uns auf die

konstruktive Zusammenarbeit“, so der Fraktionsvorsitzende André Schröder. Die Grundlage des Beschlusses bildet die Satzung der CDU-Fraktion. Sie erlaubt auch parteilosen Abgeordneten, mit Rede- und Stimmrecht mitzuwirken. Frau Koch-Kupfer fungiert als ordentliches Mitglied der Arbeitsgruppe Recht, Verfassung und Gleichstellung sowie als stellvertretendes Mitglied der Arbeitsgruppe Bildung und Kultur. „Ich danke der CDU-Landtagsfraktion für die freundliche Aufnahme, identifiziere mich mit deren Zielsetzungen und werde mich nun engagiert einbringen“, erklärte Edwina Koch-Kupfer.

### Investitionspauschale für Kommunen



Kay Barthel

**Barthel: Auch das neue Finanzausgleichsgesetz wird Handschrift der CDU tragen.** Der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kay Barthel, erklärte im Anschluss an die gemeinsame Klausur mit der SPD zur Zukunft der Kommunalfinanzen: „Wir freuen uns sehr, dass der Finanzminister unsere beharrliche Forderung nach einer Aufrechterhaltung der

Investitionspauschale in angemessener Höhe in die Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes einbringt und sie bis 2019 verstetigt. Vermögens- und Substanzverzehr an kommunalen Einrichtungen werden so verhindert. Die Binnenverteilung der Investitionspauschale sowie die Notwendigkeit einer Ausgabefrist sind aber noch zu überprüfen. Zur Stärkung finanzschwacher Kommunen fordern wir darüber hinaus eine Finanzausgleichsumlage nach Sächsischem Modell, wonach Gewerbesteuererinnahmen finanzstarker Kommunen mit einem festgelegten Betrag gekappt und an finanzschwache Kommunen nach dem Solidarprinzip umgeschichtet werden“, so Barthel. Weiterhin fordert er eine stärkere Beachtung des tatsächlich erwarteten Bedarfs bei der Beurteilung der Angemessenheit der

Finanzzuweisungen. Es dürfe künftig nicht allein auf die Einnahmen und Ausgaben der Vergangenheit geschaut werden. Das jetzige FAG biete keine Anreize, auf kommunaler Ebene zu sparen oder Mehreinnahmen zu erzielen. Vielmehr belohne es Verschwendung und bestrafe zugleich Sparbemühungen bzw. Verbesserungen der Einnahmeseite. „Dieser Fehlanreiz ist bei der Konsolidierung unbedingt zu überwinden. Auch in dieser Frage gibt es Bewegung und wir sind zuversichtlich, dass unsere Vorschläge im neuen Finanzausgleichsgesetz berücksichtigt werden“, so Barthel abschließend.

### Entwurf zum Vermessungs- und Geoinformationsgesetz Sachsen-Anhalt



Frank Scheurell

### Scheurell: Gartenlauben von der Vermessungspflicht ausgenommen.

In der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt vom 19. Juni 2012 wurde der Entwurf zum Vermessungs- und Geoinformationsgesetz Sachsen-Anhalt (VermGeoG LSA) durch die Fraktionsversammlung beschlossen. Dazu erklärt der Sprecher für Landesentwicklung und Verkehr der CDU-Landtagsfraktion, Frank Scheurell: „Mit dem Gesetzentwurf reagieren wir auf die Herausforderungen der demografischen Entwicklung des Kleingartenwesens. Das Vermessungsgesetz sieht vor, unnötige Kosten von den Gartenfreunden abzuwenden und ihnen bürokratische Hürden zu ersparen, indem Lauben in Kleingartenanlagen von der Vermessungspflicht ausgenommen werden. Damit entfällt die kostenpflichtige Vermessung von Lauben, die vielen Gartenfreunden Probleme bereitet hat. Auch die Besonderheiten der neuen Bundesländer finden in dem Gesetzentwurf Berücksichtigung. Lauben über 24 m<sup>2</sup>, für die Bestandsschutz besteht, profitieren von der neuen Regelung.“ Die Koalitionsfraktionen werden das Gesetzesvorhaben bereits auf der Landtagssitzung im Juli einbringen.



CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Herausgeber: André Schröder, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt  
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg  
Tel.: 0391 5602016, Fax: 0391 5602028  
E-Mail: [presse@cdufraktion.de](mailto:presse@cdufraktion.de)  
[www.cdufraktion.de](http://www.cdufraktion.de)

# Fraktion vor Ort:



27.03.2012: Fraktionsvorstand zur Klausur in Brüssel



24.04.2012: AG Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien bei Radio SAW



26.04.2012: Zukunftstag – Schüler im Gespräch mit Gabriele Brakebusch und Wigbert Schwenke



26.04.2012: Bürgergespräch mit Markus Kurze und Detlef Gürth



03.05.2012: Wahlkreismitarbeiterseminar



15.05.2012: AG Umwelt / AG Ernährung, Landwirtschaft und Forsten auf dem Spargelhof Garlipp in Schelldorf



Hardy Peter Güssau

## Lehrhaft: Schulgesetznovelle



Foto: Fotolia

Mit der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD aus dem Jahre 2011 wurde im Bereich der Bildungspolitik ein für die CDU-Bildungspolitik zunächst nur schwer zu akzeptierender Kompromiss zur Einführung der sogenannten Gemeinschaftsschule in Sachsen-Anhalt getroffen. Wie sich aber sehr bald herausstellen sollte, konnte die CDU nachhaltig ihre Vorstellungen von der Ausgestaltung und Umsetzung dieser neuen Schulform einbringen. Dies geschah durch die frühzeitig einsetzenden Verhandlungen und Beratungen zur Konzeption der Gemeinschaftsschule und zum konkreten Schulgesetzentwurf.

Die Beteiligung der beiden Koalitionsfraktionen noch vor der eigentlichen parlamentarischen Beratung ist ein Novum in der Geschichte der Bildungsgesetzgebung des Landes Sachsen-Anhalt. Sie kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wesentliche Knackpunkte konnten rechtzeitig ausgeräumt werden.

Im Einzelnen konnte die CDU zum Bereich der Schülerbeförderung folgendes erreichen: Eltern, die ihre Kinder nicht auf eine Gemeinschaftsschule, sondern auf das nächstgelegene Gymnasium schicken wollen, können mit der Erstattung der dabei entstehenden Kosten rechnen. Dies war und ist ein wesentliches Anliegen der CDU-Landtagsfraktion. Dadurch wird eine Besserstellung der Gemeinschaftsschule gegenüber den weiterführenden Schulen des gegliederten Schulwesens vermieden. Des Weiteren konnte die CDU in den Verhandlungen durchsetzen, dass eine Rückumwandlung

von Gemeinschaftsschulen möglich sein soll, sofern eine Aktualisierung des Konzeptes einer Gemeinschaftsschule durch die Schulträger und die Gesamtkonferenzen angestrebt wird. Auch dies war und ist ein Kernanliegen der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Schließlich hat die CDU erfolgreich darauf bestanden, dass die Formulierung von Verordnungen, die die Gemeinschaftsschule zum Gegenstand haben, in enger Abstimmung mit den Abgeordneten des zuständigen Landtagsausschusses erfolgen soll. Es ist vorgesehen, alle Verordnungen im Benehmen des Ausschusses für Bildung und Kultur zu beraten. Erst danach werden diese in Kraft gesetzt. So kann noch rechtzeitig Einfluss auf einzelne Passagen einer Verordnung genommen werden.

Mit der Gesetzesnovelle zur Gemeinschaftsschule ist auch die Handschrift der CDU-Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt deutlich geworden. Das geltende gegliederte Schulwesen in unserem Land wird ergänzt durch die Umwandlung bestehender Schulen. Die Vielfalt des Bildungsangebotes wird mit der neuen Schulform Gemeinschaftsschule gestärkt, ohne das existierende Schulstrukturen in Frage gestellt werden. Dies ist durchaus ein Verdienst der umsichtigen Politik beider Koalitionspartner, vor allen Dingen aber der nachdrücklichen Positionierung der CDU. Wir werden die anstehenden parlamentarischen Beratungen dazu nutzen, die bereits in der Kabinetthanörung aufgeworfenen offenen Fragen eingehend zu behandeln und einer Lösung zuzuführen.



Jens Kolze

## Wehrhaft: Innenpolitische Sprechertagung und Hallesche Erklärung

Die innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern kamen im Rahmen einer Konferenz am 24. und 25. Mai in Halle/Saale zusammen. Leitthema war die Beratung der aktuellen innenpolitischen Lage, deren Erkenntnisse in der Halleschen Erklärung festgehalten und beschlossen wurden. Sie dient als Grundlage für die weitere innenpolitische Arbeit der Länderfraktionen. Jens Kolze, Vorsitzender der Konferenz und innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, erklärt dazu: „Wir brauchen einen wehrhaften Rechtsstaat!“

Nach Ansicht der Konferenz-Teilnehmer stehen vier große Problemfelder im Mittelpunkt der Überlegungen. Deren Lösungsansätze haben Eingang in die Hallesche Erklärung gefunden. Dazu einige Auszüge aus der Erklärung:

### 1. Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten konsequent entgegneten

Polizistinnen und Polizisten leisten für unser Land tagtäglich einen verantwortungsvollen und wichtigen Dienst, sind jedoch bundesweit zunehmend mit Aggressivität und zum Teil mit erheblicher körperlicher Gewalt konfrontiert. Auf Grund des deutlichen Anstiegs der Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte sowie der wachsenden Anzahl von Übergriffen auf Feuerwehrlaute und Rettungskräfte haben CDU und CSU auf Bundesebene eine Verbesserung des



Teilnehmer der innenpolitischen Sprechertagung in Halle

strafrechtlichen Schutzes dieses Personenkreises vor tätlichen Angriffen erreicht. Hierdurch wird dem Fürsorgegedanken Rechnung getragen, mittelbar die Autorität des Staates besser geschützt und ein wichtiges Signal zur gesellschaftlichen Ächtung von Widerstandshandlungen gesetzt. Bei allem gebotenen Respekt vor der richterlichen Unabhängigkeit bedarf es jedoch auch eines beherzteren Durchgreifens der Gerichte.

Die innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern sehen eine gesetzlich verankerte individuelle Kennzeichnung

von Polizeibeamtinnen und -beamten durch Namens- oder Nummernschilder ebenso wie die Polizeigewerkschaften mit Skepsis. Beamtinnen und Beamte haben begründete Ängste, auch im Privatleben zur Zielscheibe von Gewalt zu werden.

### 2. Bessere ordnungsrechtliche Maßnahmen gegen ungezügeltten Alkoholkonsum in öffentlichen Verkehrsmitteln

Die innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern regen die Prüfung eines bundesweiten Alkoholverbots in allen öffentlichen Verkehrsmitteln an. Zu prüfen wäre auch, ob bereits spezifische Lösungen vor Ort gezielt nach Bedarf über eine Verankerung im Hausrecht reichen, um das subjektive Sicherheitsgefühl der Fahrgäste zu erhöhen. Hierdurch soll thematisch ein Anstoß für ein konsequentes Vorgehen gegeben werden.

### 3. Maßnahmen für einen friedlichen Fußball (Fortsetzung der Diskussion der Dresdner Erklärung)

Fußball ist für viele Bürgerinnen und Bürger Bestandteil des Lebens. Der Fußball hat jedoch ein ernstzunehmendes Problem. Fußballspiele werden in jüngster Zeit zunehmend als Schauplatz für gewalttätige Auseinandersetzungen genutzt. Das Image des Sports und der Vereine leidet darunter. Leidtragende sind auch die friedlichen Fans und oft auch einfach nur unbeteiligte Bürgerinnen und Bürger. Ziel muss es sein, durch einen Maßnahmenkatalog Gewalttäter dauerhaft vom Fußball zu isolieren und die Sicherheit in Deutschlands Fußballstadien zu verbessern.

### 4. Der gewaltbereiten salafistischen Bewegung Einhalt gebieten

Die innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern sehen die gewaltsamen Ausschreitungen von Anhängern der radikal-salafistischen Bewegung gegen die Polizei in Reaktion auf die provokanten Demonstrationen der rechtsextremen Gruppierung Pro NRW mit großer Besorgnis. Auch die jüngste massenhafte Verteilung des Korans durch Salafisten ist kritisch zu sehen. Radikale Ansichten können sich nicht hinter der Religionsfreiheit verstecken. Das salafistische Gedankengut ist mit unseren Grundwerten und mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren.

Eine wehrhafte Demokratie muss alle ihr zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mittel einsetzen, um Bedrohungen für die demokratische Grundordnung abzuwenden. Dazu gehören neben strafrechtlichen Sanktionen, Vereins- und Versammlungsverboten auch Einreiseverbote und Ausweisung militanter Islamisten.